

Anfeindungen meiner Person befürchteten. Wegen den Inhalt aber hatte keiner etwas einzuwenden.

3. Die „Arbeiterpolitik“ findet das, was sie Verirrung und daraus folgenden Verrat nennt, schon in den von ihr in Nr. 31 zitierten Sätzen gegen das Führertum. Diese Sätze sind nicht meine Privatarbeit, sondern in gemeinschaftlicher Sitzung der I. S. D. besprochen und beschlossen worden. Der darin liegende Vorwurf richtet sich also gegen alle damaligen Mitglieder der I. S. D.

4. Man könnte hier noch sagen: wer diesen wesentlichen Grundsatz der I. S. D. aufgegeben hat, der ist aus ihr ausgetreten und hat seinerseits kein Recht mehr, in ihrem Namen zu sprechen und Beschlüsse zu fassen. Indessen lege ich auf solche Formfragen keinen Wert. Nur darauf kommt es an, ob das, was man sagt, richtig und gut ist. Ich kann das Richtige auch in meinem eigenen Namen aussprechen.

Mit Gruß Juliaa Borchart.

## Aus unserm politischen Tagebuch.

1. September.

Das Stockholmer Bulletin des Sowiet veröffentlicht folgendes dringendes Telegramm:

„Das Zentralkomitee der Arbeiter- und Soldatenräte hat folgende Resolution über die letzten Verhaftungen angenommen: Das Zentralkomitee lenkt die Aufmerksamkeit der Regierung auf die dringende Notwendigkeit, ein Gesetz zu erlassen, wodurch die Verteidigung im Stadium der Voruntersuchung zugelassen wird. Bis zur Verwirklichung dieses Gesetzes schlägt das Zentralkomitee vor, die Delegierten des Zentralkomitees in die Untersuchungskommission für die Ereignisse vom 16. bis 18. Juli zuzulassen.“

Das Zentralkomitee protestiert entschieden dagegen, daß Materialien aus der Voruntersuchung über die Ereignisse vom 16. bis 18. Juli vor Beendigung der Voruntersuchung veröffentlicht werden. In der Tatsache dieser Veröffentlichung erblickt das Zentralkomitee eine direkte Verletzung des Gesetzes und ein furchtbares Zeichen dafür, daß das neue Gericht die schlimmsten Sitten des alten schichtgeleiteten Gerichts übernommen hat. Das Zentralkomitee fordert, daß die Untersuchungsgewalt unbedingt den Sinn des Gesetzes befolge und daß die Verleger des Gesetzes zur Verantwortung gezogen werden.“

Dieses Telegramm zeigt, wie dringend es jetzt das Zentralkomitee hat, die Hände in Unschuld zu waschen. Wir sind in der Lage, ihm ein paar Mitteilungen zu machen, die ihm helfen sollen, es wirklich zu tun:

1. Die Verteidigung wird unseren Genossen nicht nur von den Regierungsgewalten unmöglich gemacht. Wir haben das Zentralkomitee des Sowiets telegraphisch aufgefordert uns hier verhalten zu lassen. Wir haben keine Antwort auf das Telegramm bekommen. Aber noch mehr.

2. Der Vertreter des Sowiet, W. Kosanoff, hat dem hiesigen Büro des Sowiet verboten von uns Briefe an die bolschewikische Zentralbehörden zur Beförderung durch Kurier anzunehmen. Alle unsere Briefe sollen an das Zentralkomitee der Sowjets adressiert sein, das unsere Korrespondenz zensurieren wird. Nun sitzen in dem Zentralkomitee Vertrauensmänner der Bürger Kerenskis, Terestilis, Tereschtschenko, der Männer, die mit Hilfe der zarischen Spitzel das Komplott gegen unsere Partei geschmiedet haben. Das Verteidigungsmaterial sollte also von uns den Anklägern zugestellt werden. Sonst verwies uns der Bürger Kosanoff auf den gewöhnlichen Postweg, d. h. daß das Verteidigungsmaterial der Bolschewiki durch die Hände der Spitzel der Kontramiedha gehe, die in der Militärzensur sitzen. Wir benachrichtigten davon das Zentralkomitee telegraphisch. Bekamen von ihm aber keine Antwort.

Wir fragen jetzt öffentlich beim Zentralkomitee der Sowiet an, ob sie von diesen Schlägen ins Gesicht jeder Gerechtigkeit Kenntnis haben, und ob sie die Verordnung des Bürgers Kosanoff telegraphisch zurückziehen wollen und dem hiesigen Bureau des Sowiets befehlen, unsere verlegten Pakete für die bolschewikische Fraktion des Sowiet anzunehmen. Ueber andere Seiten der Erklärung des Sowiet werden wir noch mit ihm sprechen.

## Feuilleton

### Die Sturmglocke.

Von Leonid Andrejew.

„Bam! Bam! Bam!“ flogen sie in unaufhaltsam geradlinigem Schwünge daher, einander in hastendem Fluge bedrängend, und alle vereint saugten sich tief in die Erde, rissen sich hoch in den Himmel hinein.

Ebenso gerade, wie sie, lief ich durch frisch aufgepflügtes Gefilde, das trübe erglänzte in blutig beschienenen Schollen, wie der schwarz schimmernde Panzer einer riesigen Schlange. Ueber meinem Kopfe, in ensender Höhe, schwirren einzeln grelle Funken vorüber und da — vor mir — der graufige Anblick des brennenden Dorfes, wo alles — Häuser, Tiere, Menschen — in gemeinsamem Scheiterhaufen vergeht. Dort hinter der launigen Silhouette der Bäume — einige rund, andere scharf wie die Lanzen — wand sich die blendende Flamme, in stolzem Schwünge sich bieugend und wendend wie ein übermütig sich bäumendes Pferd, an der heißen Erde leckend, in die Höhe laufend, feurige Fegen hoch in den dunkeln Himmel spritzend — und dann — in raubgerigem, fegendem Tauchen von unten sich neue Beute zu holen. In meinen Ohren sauft es vom heftigen Laufe, wild pocht mir das Herz, und laut, seine Schläge sieberhaft überholend, treffen mich in Kopf und Herz der rasenden Sturmglocke heulend schlagende Töne. Und so entsetzlich viel Verzweiflung war in diesen Tönen, als schlage nicht eine kupferne Glocke, sondern in Todeskrämpfen das riesige leidende Herz der Erde selbst.

„Bam! Bam! Bam!“ warf der glühende Feuerbrand die abgerissenen Töne heraus in die kühlere Luft und schwer war zu glauben, daß solch gebieterisch heischender Schrei aus dem Kirchturm des Dorfes komme, der so klein und so dünn aussah, so ruhig und sanft wie ein wohlherzogenes Mädchen im rosa Kleidchen.

Ich strauchelte, mich auf die trockenen Erdschollen stützend, die unter meinen Händen in Staub zerfielen; ich erhob mich wieder und lief weiter, und mir entgegen leuchtete siegreich das Feuer und hämmerte der Sturmglocke gellender Ruf. Schon hörte ich, wie das Holz, vom Feuer gefressen, knatterte und sprang, hörte das vielstimmige Schreien der Menschen, in welchem Entsetzen und Verzweiflung als gellende Dominante mir das Herz zerrissen. — Und wenn das Schlangenzischen des Feuers erlahmte, trat aus dem Meere der Laute deutlich und klar ein heulendes Stöhnen hervor; es stöhnten die Weiber, es heulte in panischem Schrecken das Vieh.

Ein Sumpfstreifen hielt mich plötzlich auf. Es war ein großer, dicht mit Schilf bewachsener Sumpf, der sich links und rechts unabhäbar erstreckte; ich trat hinein und kam ins Wasser — bis zu den Knien, bis zur Brust... der Sumpf begann mich einzusaugen, und ich kehrte ans Ufer zurück. Ueber dem Sumpfe drüben, ganz nahe vor mir, wütete das Feuer und warf Wolken goldiger Funken gen Himmel, ähnlich feurigen Blättern eines gigantischen Baumes; im stimmungsvollen Rahmen von Schilf und Riedgras spiegelte das Sumpfwasser die rasend leuchtende Farbensymphonie... und verzweifeln, in Todesqualen heulte der Sturmglocke gellender Ruf: „Komm! Komm! Komm!...“

3.

In rasendem Eifer erfolglosen Wollens warf ich mich am Ufer des Sumpfes hin und her, und hinter mir mein Schatten; und beugte ich mich zum Wasser hinab, um in fliegender Hast dessen

279

# Arbeiterpolitik

2. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 37

Erscheint wöchentlich einmal.  
Redaktion u. Expedition:  
Am Uferstraße Nr. 23.

Bremen, den 15. September 1917

Einzelnummer 15 Pfg. Durch  
die Post bez.: monatlich 60 Pfg.,  
vierteljährlich 1.80 M. o. Postgeld

### Inhalt:

Eine zwiefache Komödie	Seite 281
Regierungspolitik als Marxismus	282
Partei und Führer	284
In der Klemme	286
Die Balkanrepublik. Von St. Mineff (Schluß folgt)	Seite 287

### Eine zwiefache Komödie.

Im Lager der Imperialisten ist ein Streit entbrannt. Den Zankapfel bildet die Frage: wer hat die Mehrheit des Volkes hinter sich? Ueber die bekannte Friedensresolution der Reichstagsmehrheit ist die Eintracht in die Brüche gegangen. Die Verständigungsfriede! Die deutscher Friede! so lauten die Parolen. Unterwürfigkeitsfriede! Eroberungsfriede! so lauten die Anklagen. Zentrum, Fortschritt und Sozialdemokratie auf der einen Seite, die Nationalliberalen der Schwerindustrie und die Konservativen auf der anderen Seite, das sind die beiden Lager.

„Vorwärts“ und „Deutsche Tageszeitung“ schwingen das Panier. Scheidemann und Graf Reventlow tragen die Banner. Wer hat die Mehrheit hinter sich? Das ist hier die Frage.

Ist die Antwort nicht leicht? Ist es nicht ein einfaches Rechenegempele? Die Mehrheit des Reichstags, also auch Mehrheit des Volkes. Dort Minderheit des Reichstages, also auch Minderheit des Volkes. Falsch! ruft Graf Reventlow, die Rechnung stimmt nicht. 1912 wurde dieser Reichstag gewählt. Heute, nach 5 Jahren, hat sich das Bild geändert. 110 Sozialdemokraten schlüpfen damals in den Reichstag hinein. 20 davon haben sich bereits von der Partei losgesagt. Weitere 20 oder vielleicht noch mehr treiben immer noch Fraktionsopposition. Ein Duzend, vielleicht noch mehr, sind konsequente Imperialisten. Der „Vorwärts“ betreibt die Politik des Herrn von Bethmann-Hollweg. Wer weiß, ob der ehemalige Kanzler nicht eines Tages unter die Führer der Sozialdemokratie geht? Die „Glocke“ treibt die Politik des Herrn von Tirpitz. Die sozialistischen Monatshefte sind ebenfalls kein so übles Organ. Die sozialdemokratische Tagespresse flattert wie buntes Geflügel nach allen möglichen Richtungen in den Käfigen des Sozialpatriotismus und Sozialimperialismus durcheinander. Die Einheit der Partei ist ein buntes Allerlei geworden, ein Trödelladen, in dem man für wenig Geld alte Hosen und Talmiringe bekommt. Als die Sozialdemokratie noch nicht gespalten war, war sie eine Millionenpartei. Nach einem Kriegsjahr schon war sie auf ein Drittel zusammengeschrumpft und jetzt, nach der

Spaltung, hütet der Parteivorstand die Mitgliederzahl wie ein furchtbares Geheimnis. Er wird allen Grund dazu haben. Und wie sind erst die sozialdemokratischen Gewerkschaften zusammengeschmolzen! Will diese zerüttete Partei etwa behaupten, sie habe die Massen des Volkes hinter sich? Selbst in ihres Daseins höchster Blüte umfaßte sie nur einen winzigen Bruchteil des deutschen Volks. Und die sogenannte Reichstagsmehrheit, die 50 Jahre deutscher Reichstagsstätigkeit haben deutlich genug gezeigt, wie bald Schönheit und Gestalt sogenannter Mehrheiten verschwinden. Wir kennen die Fortschrittler, wir kennen das Zentrum. Wir haben keine Angst vor ihnen. Diese Mehrheit imponiert uns nicht. So sagt Graf Reventlow.

Der „Vorwärts“ aber höhnt: habt ihr paar Konservativen denn etwa die Mehrheit des Volkes hinter euch? Worauf Graf Reventlow kühl und gelassen antwortet: wir haben den Kaiser und Hindenburg. Und jetzt haben wir auch noch einen Kanzler, der uns gehört. Ihr habt zwar eine Reichstagsmehrheit, die in den Spuren des Herrn Bethmann-Hollweg wandelt; aber euer Kanzler mußte gehen und die Herren Batocki und Gröner sind ihm nachgefolgt. Das ist zwar ein etwas eigenartiges Spiel, aber hier entscheidet die Macht. Daß Mehrheit und Macht aber nicht dasselbe sind, solltet ihr Herren Sozialdemokraten eigentlich längst wissen. Wir haben euch das oft genug demonstriert, und schließlich habt ihr euch selbst als unsere gelehrigen Schüler gezeigt indem ihr euch den Teufel um die Mehrheit schertet, als ihr den Arbeitern den „Vorwärts“ und einige andere Organe vor der Nase wegnahmt. Man kann sehr gut als Minderheit regieren, wenn man nur die Macht hat. Die Weltgeschichte lehrt diese Wahrheit auf jedem Blatte.

So geht das Streiten hin und her. Eine Einigung scheint aussichtslos. Um dem ein Ende zu machen, hat sich der „Vorwärts“ zu einem offenen Brief an den Grafen Reventlow verfliegen, in dem er kühn die Volksentscheidung anruft. Neuwahlen! Neuwahlen! Wird der Herr Graf das Tanzlein wagen? Und siehe da: schon ruft die konservative Presse nach der Reichstagsauflösung. Es beginnt ernsthaft zu werden! Eine Reichstagsauflösung, Neuwahlen mitten im Kriege, an den Fronten statt der militärischen Anspannung politische Entscheidungen, politische Debatten im ganzen Lande und weit über die Grenzen hinaus von Ostende bis in das Elsaß, von der Ostsee bis an den Euphrat! Was soll daraus werden?

Neuwahlen im Zeichen des Burgfriedens? Das wollen beide Lager nicht. Gründliche allseitige Auf-

klärung des Volkes fordert Graf Reventlow. „Werden die Konservativen schon für alle bevorstehenden Nachwahlen den Burgfrieden aufgeben, damit hier wenigstens die Volksstimmung erkundet werden kann? Sind die Konservativen, falls die Regierung die Befragung des Volkes verweigert, bereit, durch freiwilligen Mandatsverzicht diese zu erzwingen?“ fragt der „Vorwärts“. Also: Aufhebung des Burgfriedens, Aufhebung der Zensur, Befreiung des Belagerungszustandes, Befreiung der politischen Inhaftierten! Und wozu das? Damit endlich festgestellt werde, wer die Mehrheit des Volkes hinter sich habe.

Aus diesem gewichtigen Grunde Aufhebung der Kampfhandlung für die Zeit der Wahlen, politische Agitation an den Fronten, Verhandlungen mit der Entente zwecks Befragung der deutschen Gefangenen. Glauben die Sozialpatrioten, daß in diesen Zeichen Kriegswahlen vorgenommen werden können? Sie, die unentwegt auf dem Boden der Landesverteidigung stehen, wollen es verantworten, daß die Entente die Gelegenheit benützt, um die deutschen Fronten zu durchbrechen? Uns dünkt, der Graf könnte das Länglein wagen. Die Auflösung des Reichstages wäre das sicherste Mittel, die Reichstagsmehrheit zu sprengen. Weder Fortschrittler noch Zentrum würden es je auf einen ernsthaften Konflikt mit der Regierung ankommen lassen.

Und die Sozialpatrioten? Können und dürfen sie, nachdem sie die Regierung drei Jahre lang unterstützt haben, eine Fronde gegen sie wagen? Sie werden von den Massen der Arbeiter, denen sie zahlreiche Organe, Kassen und Organisationen genommen haben, davon gejagt werden. Es gibt für sie keine größere Gefahr, als eine Reichstagsauflösung. Graf Reventlow hätte die an ihn gerichtete Frage mit der Gegenfrage beantworten können: was wollen Sie, meine Herren, tun, wenn die Regierung den Reichstag auflöst, aber Belagerungszustand und Burgfrieden und Zensur bestehen läßt? Werden Sie dann die Massen des Volkes aufrufen gegen die Regierung? Sie müssen es, wenn Ihre Drohung mit der Reichstagsauflösung mehr als eine demagogische Geste sein soll.

So hätte Herr von Reventlow antworten können. Aber es ist schon nicht mehr nötig. Der „Vorwärts“ wehrt sich schon mit Hand und Fuß gegen die Anschuldigung, daß er die Reichstagsauflösung zuerst gefordert habe. Ihm wird bereits vor den Konsequenzen seiner Forderung, die er und niemand anders zuerst aufgestellt hat, angst und bange. Aber es ist auch ebenso sicher, daß auch die Konservativen es keinen Augenblick ernst mit den Neuwahlen gemeint haben. Sie wissen zu gut, daß in Zeiten großer historischer Ereignisse kleine Ursachen besonders große Wirkungen haben können. Sie wissen, daß die Wogen des politischen Kampfes sehr leicht die Dämme des Belagerungszustandes durchbrechen können und darum hüten sie sich, die Geister zu rufen, die man nachher nicht mehr loswerden kann. Auch haben sie einen zu guten Einblick in das Wesen des Parlaments, als daß sie um einer so untergeordneten Frage willen wie die der Mehrheit oder Minderheit, ihre gesamte Existenz auf's Spiel setzen könnten.

Nur ein harmloses Gemüt wie das des Herrn Georg Bernhard, kann sich die Aufgabe stellen, den Reichstagsabgeordneten ins Gewissen zu reden, daß sie die Geheim-

tuerei beseitigen und wenigstens die Verhandlungen über die wichtigsten politischen Angelegenheiten vor dem Forum der Öffentlichkeit durchsetzen sollten. Ein Reventlow wird niemals in solche Träumereien verfallen. Er weiß, wozu Parlamente da sind. Und er weiß, daß es die Aufgabe der Parlamentarier ist, mit viel Worten möglichst wenig zu sagen. So enthüllt sich der ganze Streit über die Reichstagsauflösung als eine Komödie, als ein demagogischer Appell an die Massen, die über die Friedensfrage entscheiden sollen.

### Regierungspolitik als Marxismus.

Nichts ist beschämender oder, wenn man so will, erheiternder, als zu sehen, wie sich die Sozialpatrioten abquälen, ihrer Politik eine wissenschaftliche Grundlage zu geben. Zwar Herr Scheidemann und der ganze Schwanz politischer Dilettanten, der sich ihnen anhängt, haben dieses Bedürfnis nicht. Sie treiben Tagespolitik, schauen nicht über den engen Horizont ihrer parlamentarischen Bretterbühne, auf der sie Weltgeschichte agieren, hinaus, suchen heute mit diesen, morgen mit jenem Mitteldingen einen Knalleffekt zu erhaschen, unbekümmert um die Richtung, in der sie also getrieben werden, und nur bereit, morgen mit demselben Wortschwall das Gegenteil von dem zu sagen, was sie heute verkünden. Es ist der Weg, der über jeden neuen Selbstbetrug zu einer neuen Niederlage führt, ohne daß darunter das Selbstgefühl jener Tröschle litte, die sich wie in der Fabel aufblähen, um den großen Ohren der Weltgeschichte zu gleichen.

Anders ist es mit jenen Leuten, die soviel vom Marxismus genossen haben, daß sie im Wirrwahl des weltgeschichtlichen Treibens den Ariadnesfaden einer wissenschaftlich begründeten Politik schätzen gelernt haben. Aber freilich, hier war die Politik vom 4. August gegeben und der Theorie blieb nur die Aufgabe, die Politik zu rechtfertigen, statt ihr die Bahnen zu zeigen. Es kommt dabei eine Wissenschaft heraus, der die selbstverständliche Grundlage, die Prüfung der Tatsachen, um aus ihnen unvoreingenommene Schlüsse zu ziehen, fehlt. Die Wissenschaft prostituiert sich, sie wird zur gefälligen Magd bestimmter Absichten und Tendenzen. Wir haben das wiederholt an den pseudowissenschaftlichen Versuchen der Cunow, Lench usw. nachgewiesen, die zu einer kritiklosen Verwendung von Zitaten, einer Vergewaltigung offensibler Tatsachen und, allerdings sehr wortreicher, Unlogik führten. In unheilbare Widersprüche verheddern sich diese Herren, wenn sie versuchen, die Taktik ausländischer sozialdemokratischer Parteien kritisch zu behandeln.

Eine gewisse Wehmut packte uns, als wir diese Tage zwei offene Briefe Konrad Haenischs an Hendrik de Man lasen, die in den Nummern vom 23. und 24. August des „Hamburger Echo“ abgedruckt sind. Bei seiner Hypertrophie des Herzens wirkt ja der gute Konrad immer stark auf das Gefühl ein, wie seine ganze Politik in Ursache und Form aus Gefühlsergüssen besteht. Schwer wird es uns, den sentimentalischen Ton zu vermeiden, da wir einst de Man und Haenisch ebenso nahe gestanden, wie diese beiden sich, und gewisse Vorfälle, die Haenisch erwähnt, auch bei uns wehmütvoll Erinnerungen aus früherer Zeit wecken. Aber mit Ge-

fühlen machen nur die Haenischs Politik. Anlaß zu den Briefen gab eine Rede, die der belgische Leutnant de Man in Petersburg gehalten hat, um die russischen Soldaten für die große Offensive zu begeistern. Sie ist uns leider unbekannt, doch zeigen die Zitate Haenischs den hoffnungslosen geistigen Fall eines ehemaligen klaren Marxistens, der unter dem verwirrenden Eindruck der deutschen Invasion in Belgien dem Entente-Imperialismus anheimfiel und dessen Aufgabe es nun ist, die Propaganda für diesen Imperialismus mit einem Phrasenschwall zu umhüllen, dessen Geistlosigkeit er früher schonungslos bloßlegte. Die Wissenschaft machte in de Man bankrott, als er versuchte, den Sozialismus mit den Interessen der Entente zu verkuppeln. Demgegenüber ist es Haenisch leicht, den Leutnant de Man mit dem schweren Geschütz von Zitaten aus Veröffentlichungen des Marxisten de Man niederzukartätschen. Aber welchen Effekt würde es machen, wenn wir einmal den Sozialdemokraten Haenisch aus seiner Leipziger und Dortmunder Zeit gegen den jetzigen Haenisch ausspielen wollten? Hendrik de Man könnte sich daselbe Vergnügen leisten und dieser belgische Leutnant könnte mit ebensoviel scheinheiliger Selbstgefälligkeit und ebenso windiger Logik auftreten. Und mit ebensolcher Berechtigung könnte er den Pfeil zurückschleudern, den Haenisch auf ihn abschneilt:

Wenn wir deutschen Sozialisten „umgelern“ haben, so haben wir uns dabei doch keinen Augenblick von den Grundlagen unserer marxistischen Erkenntnis, von der Basis unserer ökonomisch-historischen Betrachtungsweise alles politischen Geschehens entfernt. Gerade von dieser Basis aus sind wir zu unseren neuen politischen Schlussfolgerungen gekommen. Unser „Umlernen“, wenn wir einmal bei diesem Ausdruck bleiben wollen, war ein Weiterlernen, ein Hinzulernen. Ihr Umlernen aber, de Man, war nichts anderes als ein Rückfall in die ideotheologische des Vulgarliberalismus, die Niemand früher bitterer verspottet hat als Sie selbst. Ihr Umlernen war ein Verlernen, ein Zurücklernen!

Ebenso wenig wie die hohlen Phrasen de Mans von der Demokratie, die gegen den deutschen Militarismus kämpft, ist das Marxismus, was Haenisch einem Lench und Cunow nachschwätzt. Hier wie dort ist es das nackte Interesse der Imperialisten, das sich als Marxismus aufspielt.

Das springt in die Augen, wenn etwa Cunow, das wissenschaftliche Haupt der Sozialimperialisten, weltpolitische Fragen behandelt. So spricht er sich in Nr. 17 der „Glocke“ über den Niedergang der russischen Revolution aus. Und siehe da, zu welchen Schlussfolgerungen kommt da derselbe Cunow, der hier in Deutschland durch seine pseudowissenschaftlichen Veröffentlichungen der äußersten antiproletarischen Politik als Lehrmeister dient? Er schiebt den Hauptfehler der zweiten russischen Revolution „in dem auch von einem gewissen Teil der sozialistischen Führerschaft geteilten Irrtum, die nach den erfolgreichen Märztagen vorhandene Lage sei schon eine zulängliche Basis für die Neuordnung der politischen Verhältnisse, d. h. das formelle Machtverhältnis zwischen sozialdemokratischer Arbeiterschaft und liberaler Bourgeoisie, wie es nach diesen Tagen bestand und in der Zusammenfassung der provisorischen Regierung seinen Ausdruck fand, können als das Fundament betrachtet werden, auf dem sich nun in allmählicher Reformarbeit die Umgestaltung der Staatsordnung vornehmen lasse.“

Die revolutionäre Arbeiterschaft hätte Gewehr bei Fuß stehen müssen, „um, sobald sie die nötigen Kräfte im Lande dafür gesammelt hatte, die liberal-bürgerliche

Regierung zu stürzen, eine reine sozialistische Regierung einzusetzen und die Diktatur der proletarischen Massen zu errichten“. „Die Kompromisselei mit den Liberalen . . . kann nur das Resultat haben, daß infolge der offenen und versteckten Gegenwirkung der Bourgeoisie die ihr nicht passenden Reformen . . . hinausgeschoben werden und inzwischen die politischen Führer der liberalen Gruppen Zeit gewinnen, mit Hilfe der durch die Revolution geschädigten reaktionären Elemente eine Gegenbewegung zu inszenieren, die bei erster günstiger Gelegenheit sich wieder der Staatsgewalt bemächtigt.“

Das sind rein bolschewikische Gedankengänge. Und wer spricht sie aus? Derselbe Cunow, der hier in Deutschland nicht nur einer Kompromisselei mit den Liberalen das Wort redet, sondern das Proletariat bewußt den imperialistischen Bestrebungen eingliedern will. Indem er betont, daß nicht Mangel an revolutionären Elan und Opfermut der proletarischen Massen, auch nicht die starke Widerstandskraft der Bourgeoisie den Rückschlag herbeigeführt hat, sondern die „Unzulänglichkeit eines großen Teils der Führerschaft“, so verurteilt er mit den Bolschewiks die sogenannten Sozialdemokraten von Plechanow bis Scheidemann, deren deutsche Abbilder die Herren von Südekum bis Haase sind. So sind es auch bolschewikische Forderungen, die er an die Revolutionäre richtet: sofortige Ausschreibung der Wahlen für die konstituierende Versammlung, schnelle Verwaltungsreform, Arbeitergesetze und Agrarreform.

Daß es sich bei alledem nicht um eine Verirrung Cunows ins linksradikale Lager handelt, beweist die Tatsache, daß vor kurzem auch die satissam bekannte „Internationale Korrespondenz“ des Herrn Baumeister eine Lanze für die Bolschewiks brach, wobei sie mit denselben Tönen über die Preßkosaken der russischen Konterrevolution herfiel, die sie sonst für die Opponenten der Politik vom 4. August zur Hand hat. Upage Satanas! rufen wir. Den deutsch-imperialistischen Pferdefuß zieht Cunow hinkend nach. Er propagiert den Sonderfrieden der Revolutionsregierung mit der deutschen Regierung. Das aber ist eine Lösung, welche die Bolschewiks mit guten Gründen abgelehnt haben. Nicht weil sie etwa fürchteten, diese Lösung könnte unpopulär sein, ihre Politik ist nicht von Tagesstimmungen bestimmt, sondern weil sie sich vom linksradikalen, internationalen Gesichtspunkte leiten lassen. Auch sie sehen im baldigen Frieden die Sicherung der Revolution. Aber es muß ein gemeinsamer Friede sein. Deshalb ihre Politik nicht des Appells an die Regierungen, sondern des Drucks auf die Regierungen, herbeigeführt durch proletarisch-revolutionäre Maßregeln. Ein so erreichter allgemeiner Friede wäre der Sieg der Revolution überhaupt.

Gerade in der Aussicht auf dieses letzte Resultat scheint uns das Geheimnis der deutschen sozialimperialistischen Spekulation in den Worten der Bolschewiks begründet zu liegen. Wie die Renaudel und Kompagnie die russische Revolution begrüßten, weil sie von ihr eine militärische Stärkung erwarteten, und sie jetzt verfluchen, wo der Erfolg ausgeblieben ist, so liegt das Interesse der Cunow und Kompagnie gerade in der gründlichen Revolutionierung Rußlands. Sie haben dabei den Vorteil, ihre Hintergedanken durch marxistische Phrasen zu verdecken.

Dieser windige Marxismus offenbart sich sofort, wenn es sich um Probleme handelt, bei denen nicht die revo-

lutionäre Opposition feindlicher Mächte in das heimische imperialistische Interesse eingeschirt werden kann. Da hat sich Cunow an einer Debatte mit Hermann Wendel über das Balkanproblem beteiligt, wobei er mit seiner wissenschaftlichen Methode den Bestrebungen der verbündeten bulgarischen Imperialisten auf ein Großbulgarien unter die Arme greift. Wir lassen die Cunow'sche Politik durch Wendel also kennzeichnen:

Schon die Voraussetzung, von der Cunow ausgeht, ist für einen Sozialisten nicht ganz unbedenklich. Wie er auch an anderer Stelle auspricht, sieht er in der Gewalt das beste Mittel für Herstellung und Aufrechterhaltung der Ordnung auf dem Balkan. Sein Ziel ist eine groß-bulgarische Balkan-Vormacht, neben der sich Serbien, Rumänien und Griechenland ducken müssen. Cunow wird sich auch bewußt sein — er schweigt sich darüber aus — daß dieses sein Ziel nur durch einen Gewaltfrieden, also durch einen zweifellosen Sieg der Mittelmächte, zu erreichen ist, denn erst dann schlägt man ganz Mazedonien zu Bulgarien und errichtet die bulgarische Hegemonie auf dem Balkan, wenn man der Entente die Gurgel abgesehürt hat: solange sie atmet, willigt sie nie in diese Neugestaltung ein! Logischerweise muß sich Cunow aber dann auch für einen Gewaltfrieden auf der ganzen Linie einsetzen, und es ist nicht einzusehen, warum wir unter solchen Umständen die verdrehte Kriegspolitik der Alldeutschen so heftig bekämpfen sollten.\*

Das ist kraz der imperialistische Gedanke, vertreten durch Cunow, das wissenschaftliche Haupt der alten sozialdemokratischen Partei. Die Arbeiterschaft, die bewußt den Weltereignissen folgt, wird sich durch solche „Marginalien“ nicht beirren lassen, auch wenn sich diese einmal die rote Mütze aufsetzen.

## Partei und Führer.

Uns ist jeder Anlaß willkommen, eine wichtige Frage gründlich zu erörtern und deshalb benutzen wir einen Angriff, den Julian Borchardt im Namen der Internationalen Sozialisten Deutschlands gegen uns richtet, um die Führerfrage in der Arbeiterbewegung zu klären. Dabei wollen wir trotz unseres knappen Raumes Borchardt vorläufig das Wort geben. Der Angriff ist eine Replik auf unsere Besprechung von Borchardts Schrift „Revolutionshoffnung“. Wir sollen in dieser Besprechung Borchardt schon in der Idee für abtrünnig erklärt haben wegen des Sagtes:

„Niemand darf Führer sein wollen, um die anderen zu bevormunden; niemand darf Führer haben wollen, um die Verantwortung auf sie abzuwälzen.“

In diesem Augenblick sind uns weder die verschiedenen Veröffentlichungen Borchardts noch unser eigener Aufsatz zur Hand, weshalb wir notgedrungen auf eine Gegenüberstellung von Zitaten verzichten müssen. Wäre in jenem Satze Borchardts das Schwergewicht auf die beiden Nebensätze zu legen: Führer, die bevormunden wollen, Massen, die die Verantwortung abwälzen wollen, so wäre aller Streit müßig. Weshalb aber erklärten wir Borchardt für abtrünnig? Erstens, weil sein ganzer Standpunkt in der Führerfrage zur Aktionslosigkeit führen muß, worauf wir noch eingehen werden; zweitens, weil er in der Friedensfrage das Proletariat zugunsten eines Regierungsfriedens abdanken ließ. Auf diese Frage geht Borchardt in der Veröffentlichung der I. S. D. nicht ein, weil die „Revolutionshoffnung“ seine

\* Über die Balkanfrage, diesen Eckstein der aktuellen politischen Probleme, bringen wir einen Aufsatz des Genossen St. Mineff, des bulgarischen „Engherzigen“, der im Gegensatz zu den sozialimperialistischen „Weitherzigen“, welche ein Großbulgarien erstreben, für die Föderative Balkanrepublik eintritt.

Privatarbeit sei. Wenn uns viel an der Lösung des Sphingrätsels Julian Borchardt gelegen wäre, würden wir von ihm eine unzweideutige Antwort auf die Beschuldigungen fordern, die gegen ihn erhoben worden sind und die nach seiner Stellung zum U-Boot-Buch Erdmanns nicht von vornherein unwahrscheinlich sind. Würden sie sich bewähren, so würde Borchardt ein zweiter Robert Grimm, nicht nur die Rolle des Führers, sondern sogar die der Vorsehung für die Arbeiterklasse zu spielen bereit gewesen sein. Und wie stets die Wege der Vorsehung, wäre auch dieser wunderbar genug gewesen.

Welchen Popanz macht nun Borchardt aus unserer Auffassung in der Führerfrage? Nachdem er festgestellt, daß für die Internationalen Sozialdemokraten Deutschlands nächst dem Bekenntnis zum Sozialismus der Kampf gegen die Bevormundung der Punkt sei, in dem sie unbedingt Uebereinstimmung fordern, meint er:

Ob wir damit Recht hatten, kann die gegenwärtige Auseinandersetzung der „Arbeiterpolitik“ zeigen. Sie bezeichnet das als Verwirrung, als Abtrünnigkeit, letzten Endes als Verrat. Demnach will sie (und also auch die von ihr vertretene, im Werden begriffene Partei) auf das Führertum, auf die Bevormundung der Arbeiter nicht verzichten. Da wir keinen Anlaß haben, an der Ehrlichkeit ihrer Absichten zu zweifeln, deuten wir das so: sie glaubt nicht, daß die Arbeiterschaft aus sich selbst heraus, aus eigener Kraft und eigener Tat den Sozialismus zustande bringen kann.

Borchardt fügt hier folgende Note bei:

Daß es so gemeint ist, dafür zeugt auch die Bemerkung der „Arbeiterpolitik“: „Man könne nicht warten, bis der letzte Arbeiter ausgerüstet ist mit der Wissenschaft seines Jahrhunderts“. Als ob nur Gelehrte selbständig denken, urteilen und handeln können! Deshalb will sie vorangehen und die Arbeiterschaft zum Sozialismus mit fortreißen, sei es mit, sei es ohne ihren Willen. . . .

Nach unserer Uebersetzung ist das stärkste Bollwerk, das dem Werden des Sozialismus im Wege steht, die Autoritätsfurchtigkeit der Arbeiter, ihre Unselbständigkeit, ihr Knechtsinn. Und wir verstehen eigentlich nicht, wie jemand, der sich nicht nur Sozialdemokrat nennt, sondern es auch wirklich ist, hierüber heute noch im Zweifel sein kann. Lehrt doch die Gegenwart die furchtbaren Wirkungen dieses Knechtsinnes deutlich genug.

Eine seiner schlimmsten Auswirkungen ist die, daß die Arbeiter, aus Mangel an eigenem Denken, sich einreden lassen, dies oder jenes geschehe in ihrem Interesse, daß sie sich gewissermaßen auf Kommando dafür begeistern und dann die schwersten Opfer bringen. Im Zustand solcher eingeredeten Begeisterung lassen sie sich tatsächlich von denen, die sie leiten, zu allem gebrauchen, selbst zum Wüten gegen ihre eigenen Interessen. . . .

Nun wird freilich eingewendet werden: so etwas will ja die neue Partei gar nicht. Sie will Männer an die Spitze stellen, die das Proletariat nicht zu diesem oder jenem Wahlrecht, nicht zu Augenblickserfolgen irgend welcher Art, sondern zum Sozialismus führen! — Ihre gute Absicht in Ehren. Aber sie will doch eben auch sich der leidenden Arbeiterschaft annehmen; sie will die Arbeiter, die sich — wie sie meint — selbst nicht helfen können, zu ihrem eigenen Heil lenken und leiten. Das aber ist — die Männer der „Arbeiterpolitik“ scheinen es nicht zu wissen — kein sozialistischer, sondern ein konservativer Gedanke. Etwas anderes sagen die Konservativen schließlich auch nicht, als daß die Volksmassen in ihrer Unwissenheit und Schwäche sich nicht selbst zu helfen vermögen, und daß es deshalb Pflicht der höher Gestellten, der Gebildeteren, der Befähigteren sei, sich ihrer anzunehmen und sie zu ihrem eigenen Besten, wenn nötig auch gegen ihren eigenen Willen, zu leiten. Man kann das bei Stahl, bei jedem konservativen Theoretiker, ja letzten Endes in jeder konservativen Zeitung lesen. Was übrigens im günstigsten Fall bei solcher Methode herauskommt, lehrt gerade im gegenwärtigen Augenblick Rußland mit seinem Kerenskis. Ist die „Arbeiterpolitik“ so sicher, daß es nicht auch bei uns Kerenskis in Hülle und Fülle gibt, die nur auf die Gelegenheit lauern? . . .

Nach den Aeußerungen der „Arbeiterpolitik“ hat es nicht den Anschein, als ob die neue linksradikale Partei imstande sein würde, den Willen zum Sozialismus in den Arbeitermassen zu wecken. Es scheint vielmehr, als ob auch sie auf deren leider vorhandene Autoritätsfurchtigkeit baut, um sie auf einen anderen, nach linksradikaler

Meinung besseren Weg zu leiten. Dann aber würden einfach an Stelle der alten Götzen neue treten, und es käme doch wieder darauf hinaus, daß der Arbeiterschaft der Weg, den sie zu gehen hat, eingegeben wird, statt daß sie ihn aus eigenem Entschluß einschlägt.

Der alte Stahl, der Schutzheilige des Konservatismus, unser geistiger Ahnherr, die Autoritätsfurchtigkeit, das Fundament, auf dem wir bauen und Kerenskis die zu erwartenden Früchte unserer Politik! Das ist etwas viel Unbefangenheit auf einmal. Wer nicht ganz böswillig oder ganz verbohrt im Vorurteile unserer seit Jahr und Tag verfochtenen Auffassung gefolgt ist, konnte nimmermehr eine so übelriechende Essenz herausdestillieren.

Was will denn Borchardt eigentlich? Er will überhaupt keine Führer, er sieht in jeder Führerschaft die Bevormundung der anderen, deshalb setzt er in dem Satze: Die „Arbeiterpolitik“ will auf das Führertum, auf die Bevormundung nicht verzichten, Führertum und Bevormundung sind einander gleich. Er verfährt dabei ganz konsequent und verlangt, daß den Arbeitern in ihren Zeitungen keine fertigen Urteile, für ihre Aktionen keine fertigen Parolen vorgelegt werden. Allein durch Bildungsarbeit sollen die Arbeiter selbst dazu kommen die gesamten gesellschaftlichen Vorgänge zu beurteilen und sich zu Taten zu entschließen. Damit ihnen diese allseitige Bildung ermöglicht werde, soll ihnen das gesamte Material der Tatsachen und der gegnerischen Gründe zum Studium vorgelegt werden. Die ganze Arbeiterbewegung reduziert sich auf einen Diskutierklub.

In ihrem Wesen ist die ganze Sache nur der verbräunte Verzicht auf proletarische Aktionen, der konsequent auch zur Ablehnung der Partei, der Zusammenfassung der proletarischen Kräfte führt. Die Borchardtsche Methode ist zur Unfruchtbarkeit verdammt, nicht deshalb, weil „nur Gelehrte selbständig denken, urteilen und handeln“ könnten, sondern weil nur wenige Arbeiter die ungeheure Kraft aufbringen können, neben ihrer zermürbenden Berufsarbeit nicht nur die Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus in sich aufzunehmen, sondern auch den ungeheuren Komplex der stets wechselnden gesellschaftlich-politischen Probleme zu beherrschen.

Selbst Leute, die Mühe genug zu solchem Studium haben, werden das Ziel nicht erreichen, wenn ihre geistigen Fähigkeiten nicht adju ausreichen, wie immer einzelne besonders befähigt sind, Ordnung in den verwirrten Knäuel der Erscheinungen zu bringen. Um ein Beispiel zu geben, so hat Borchardt eine tüchtige Führereigenschaft, einen hartnäckigen Willen, aber dieser Dickhädel ist kein produktiver Kopf wie etwa Karl Radek. Die Borchardtsche Methode führt zu einer Alternative: Entweder verfällt die Arbeiterschaft in stumpfe Aktionsunfähigkeit, die Arbeiterbewegung wird die Bewegung zähen Syrups; die Arbeiter sind ganz tüchtige Soldaten, die ihr Gewehr in- und auswendig kennen, aber sie kommen nicht zum Schluß, weil keiner das erlösende Wort sprechen, keiner den Anfang machen, keiner Führer sein will. Oder er gewinnt eben bloß einen kleinen Teil der Masse und aus dem werden ganz von selbst die Führer der Massenbewegung herorgehen.

Nein, diese Dickwickeridee von der führerlosen Bewegung ist nichts für uns, weil wir die Dinge nehmen, wie sie sind. Wer sich die nötigen geistigen Fähigkeiten zutraut, wer die politischen Notwendigkeiten zu erkennen glaubt und das nötige Temperament hat, der sucht auf die Massen einzuwirken und sie auf dem Wege mit fort-

zureißen, den er als den richtigen erkannt hat. Gelingt es ihm, dann wird er Führer. Sein Einfluß wird umso größer sein, je stärker sein Wollen dem Wollen der Massen entspricht, je größer ihr Vertrauen in seine Persönlichkeit ist. Fertige Urteile erwarten die Massen von ihren Rednern, ihren Schreibern.

Sind uns die Zeitungen nicht gerade deshalb wertvoll, weil wir darin unsere Auffassung der Dinge darlegen können? Bloße Materialsammlungen „Zum Sammeln“ können nur Ergänzungen oder in Zeiten der Unterdrückung des freien Wortes ein notdürftiger Ersatz sein, wie etwa das „Hamburger Echo“ unterm Sozialistengesetz ein solcher gewesen ist. Massenbewegungen entstehen im Wesentlichen unter dem Druck der sozialen Zustände. Aber die Führer können diese Bewegungen durch ihre beständige Einwirkung auf die Massen auflösen. Sie können durch ihre Parolen der Bewegung Ziel und Richtung geben und verhindern, daß sie in einem geistlosen Ausbäumen verpufft. Sie können sie freilich auch, wie wir wissen, in die Irre führen, aber dann waren eben die Massen dem Gebot der Stunde noch nicht gewachsen. In der Praxis macht sich die Sache so, daß einer, „der sich vom Geist ergriffen fühlt“, nicht schweigen kann, sondern hervortreten muß, trotz allem Antiführergeschrei.

Die Masse aber schließt sich dem an, der ihr Vertrauen besitzt, dessen Kampfmethode und Ziel ihren Interessen, ihrer Klarheit über die Tatsachen, ihrem Kraftbewußtsein am nächsten kommen. Führer sind von selber da, weil einer schneller begreift, temperamentvoller und energischer ist, als der andere. Sollen wir auf die mächtigen Kräfte eines Marx, eines Bebel, eines Lenin verzichten?

Oder verbirgt sich hinter der ganzen Rederei gegen das Führertum nur eine geistlose Wortkläuberei? Soll es nur dort Führer geben, wo einer kommandiert oder ein paar intrigieren und die Masse stumpf gehorchen muß? Dann wird der ganze Angriff auf uns zu einer skandalösen Verleumdung. Ohne den Schein eines Beweises, ohne den Versuch dazu, nur auf Grund von rhetorischen Kunstgriffen macht dann Borchardt unseren Kampf für die Demokratie gegen die Bürokratie in der Arbeiterbewegung zu einer niedrigen Heuchelei, setzt er unseren Kampf gegen gewisse absolutistische Allüren in der Spartakusbewegung herab zu einer gemeinen Eifersüchtelei. Uebers Niederrächtige niemand sich beklage!

Selbstverständlich muß die Arbeiterbewegung auf der Demokratie aufgebaut sein, damit die Führerschaft nicht zu einem Herrschaftsinstrument werde, sondern dienendes Glied bleibe. Die Entschließung muß bei den Massen sein. Durch vollkommene Kritikfreiheit muß der Blutkreislauf im ganzen Organisationskörper flott erhalten werden. Durch das ungehemmte Für und Wider müssen die Massen für jede Entscheidung das gesamte Material vorgelegt erhalten. Durch ihre Aktivität muß die Bewegung wirklich Leben bekommen. Aber freilich weder guter Wille noch die schönsten demokratischen Formen allein werden die Versteinerung der Demokratie und der Disziplin wie in der alten Partei verhindern. Der Kampfeswille muß in der Arbeiterschaft vorhanden sein. Nur Massenbewegungen können den Anfaß der Fäulnis verhindern. In ihnen werden die Führer eine große

Aufgabe haben, aber sie werden Kommandogewalt, wie im faulen Trott der politischen Geschäftigkeit haben. Massenbewegungen können nicht führerlos sein, aber sie können auch keine Führerbewegungen sein.

Die Einheit von Masse und Führer wird eindringlich in einem Bilde aus der Februarrevolution ausgedrückt. Toren wir nicht, ist es von Daumier. Durch die engen Vorstadtstraßen mit den drückenden Mauern der Mietskasernen drängt und preßt sich der Strom der erregten Massen. Genial hat es der Künstler verstanden, die massale Wucht des unabsehbaren Zuges mit einfachen Mitteln darzustellen. Die Masse hastet und drängt und mitten unter ihnen der Führer, kaum hervorgehoben, anfeuernd, mitreißend, zielweisend!

## In der Klemme.

Der Präsident der Vereinigten Staaten, vor ein paar Monaten noch im Faltenmantel des Friedensapostels, jetzt in der eisernen Wehr des obersten aller Kriegsgötter, hat auf die Friedensnote des Papstes eine Antwort erteilt, in der er das deutsche Volk auffordert, für eine demokratische Verfassung zu kämpfen. Die deutsche Presse hat — mit einer einzigen Ausnahme — das Ansinnen Wilsons als einen „unverschämten Eingriff“ in die innerdeutschen Verhältnisse abgewiesen.

Die herrschenden Klassen in Deutschland wissen, daß Demokratie und Imperialismus unvereinbare Gegensätze sind und wenn sie heute von Verfassungsreformen reden, so hat das erstens nichts mit Demokratisierung zu tun und ist zweitens vorläufig nichts mehr als bloßes Gerede. Ihr heftiger Zorn gegen Wilsons Einmischung aber riß mit einem einzigen Griff alle Hülsen von ihrem antidemokratischen Charakter. . . . Sie hätten sich nicht so sehr zu ereifern brauchen. Weber die westeuropäischen, noch die amerikanischen Demokratien sind etwas anderes als die verfassungsmäßigen Sicherungen der kapitalistischen Ausbeutungsmethoden in diesen Ländern. Indem die deutsche Presse nun mit der einen Ausnahme — gegen den Eingriff Wilsons protestierte, gab sie ihren Willen kund, es verfassungsmäßig in Deutschland durchaus beim alten lassen zu wollen. Selbst die sogenannten Demokratien westlich der deutschen Grenzen sind den herrschenden Klassen Deutschlands ein Greuel.

Da wir wissen, daß keine imperialistische Regierung für die Demokratie streiten kann, ohne sich selbst das Genick umzudrehen, so halten wir das Eintreten Wilsons für die Demokratie für ein Schwindelmanöver. Die durch den Kampf der Arbeiter errungene Demokratie ist allen imperialistischen Regierungen auf dem Erdenrund bis in den Grund ihrer Seelen verhaßt. Diese Demokratie, die einzige, die diesen Namen verdient, würde in kürzester Frist alle imperialistischen Regierungen vereint im Kampfe gegen sich sehen. Unter allen Regierungen aber, die die Kämpfe der Arbeiter mit den infamsten Mitteln niedergekämpft haben, steht die des Herrn Wilson mit obenan. Wir denken daher nicht im Traume daran, Herrn Wilson als dem Förderer der Demokratie in Deutschland zuzujubeln, so wenig wie wir ihn als Friedensapostel ernst genommen haben.

Dennoch ist die demokratische Botschaft Wilsons mehr als eine Heuchelei. In ihr steckt ein sehr realer Kern. Dieser Krieg hat der Welt zum ersten Male die

ungeheure Widerstandskraft des deutschen Reiches gezeigt. Ganz gewiß ist den Westmächten nicht das deutsche Regierungssystem um seiner absolutistischen Tendenzen willen verhaßt. Dieselben Mächte, die Arm in Arm mit dem Zarismus durch das Blutmeer des Weltkrieges gewandelt sind, können ganz sicher auch die preußisch-deutsche Verfassung ertragen; sie am allerwenigsten haben Grund über Absolutismus zu zetern. Aber daß unter dieser preußisch-deutschen Verfassung sich dieser gewaltige Militärstaat entwickeln konnte, daß er sich zu dieser ungeheuren, mit keinen Mitteln der Kriegsführung zu überwindenden Macht einer konzentrierten Bureaukratie in Heer und Verwaltung auswachsen konnte, daß ist es, was den Westmächten die große Sorge um die Demokratie aufdrängt. Sie wissen, daß der Durchbruch der Demokratie die größte Schwächung des Imperialismus bedeutet.

An dem Zusammenbruch der konzentrierten politischen Machtmittel des deutschen Reiches haben die Mächte der Entente allerdings ein Interesse, den Zusammenbruch des deutschen Imperialismus aber würden sie mit allen Mitteln zu verhindern suchen, genau so, wie sie jetzt den Zusammenbruch des russischen Imperialismus mit vereinten Kräften aufhalten. So stellt sich die Einmischung Wilsons als ein Versuch dar, den deutschen Imperialismus zwar zu schwächen, ihn aber beileibe nicht preiszugeben.

Wir betonten mehrmals, daß nur ein einziges publizistisches Organ Deutschlands sich auf den Boden der Wilson-Note gestellt hat. Dieses Blatt ist der „Vorwärts“, der deshalb nicht nur von der alldeutschen Presse, sondern selbst von der ihm sehr nahe stehenden „Internationalen Korrespondenz“ arg angegriffen wird. Die Angreifer versteigen sich sogar zu der Behauptung, daß der „Vorwärts“ die Geschäfte der Entente besorge, gewissermaßen ein Organ des Herrn Wilson sei. Das ist nun sicher übertrieben und ungerecht. Die hinter dem „Vorwärts“ stehenden Politiker, diese etwas verspätet zur Welt gekommenen Wilhelm Busch-Typen, haben wahrscheinlich genug zu tun, es ihrer eigenen Regierung recht zu machen. Ein machiavellistisches Doppelspiel mit allen seinen Kompliziertheiten liegt diesen kleinbürgerlichen Pfliffküssen nicht. Mat tut ihnen Unrecht, wenn man sie in den Größenmassen genialer Diplomaten erscheinen läßt. Sie sind, ihrer Abstammung gemäß, groß in allem Kleinen; aber sie sind klein in allem Großen.

Ihre Stümperhaftigkeit tragen sie auch in der Wilsonangelegenheit zum Ergötzen der Welt zur Schau. Sobald ein alldeutsches Blatt gegen den „Vorwärts“ vom Leder zog, hüllte Herr Stampfer sich in seine sozialpatriotische Jugendtoga, deklamierte viel und verfiel in die sittlichste Entrüstung über die „Schamlosigkeit“ der „Verleumdung“, der „Vorwärts“ übe Landesverrat. Und als gar der rotbeköpfte Stiernacken des Herrn Heilmann aus der Dunkelkammer der „Internationalen Korrespondenz“ austauchte, trat Herr Stampfer in eigener Person hinter den Kulissen des „Vorwärts“ hervor, um das Publikum zu beschwören.

Was von allen Seiten beabsichtigt war, war glänzend gelungen: der „Vorwärts“ schwor sein demokratisches Glaubensbekenntnis ab. Das Vaterland war gerettet. Sämmerlicher konnten sich die sozialpatriotischen Helden nicht auführen.

## Die Balkanrepublik.

Von St. Mineff.

Das zweite historische Moment, nicht weniger wichtig als das eben beschriebene, bildet die Entstehung des Balkankapitalismus, dessen Natur, die Entfaltung und die Formen, die er annahm, alle Einzelheiten der Epoche bestimmten. Dieser Kapitalismus ist die Frucht der allerletzten Epoche, nämlich der des westlichen Finanzkapitalismus und seiner imperialistischen Politik. Eine dicke Afschicht der Vergessenheit lag auf der revolutionären und demokratischen Ideologie des europäischen Bürgertums; traurige Spuren nur zeugten von der ruhmvollen Vergangenheit des bürgerlichen Liberalismus, als auf den Ruinen des wirtschaftlichen und sozialen Balkanfeudalismus und unter der Führung des Okzidents der neugeborene Kapitalismus seine Herrschaftsrechte und seine unersättlichen Gelüste verkündete. Seit seiner Geburt war er der hohen europäischen Finanz tributpflichtig.

Der Mangel an akkumuliertem Kapital, die Unsicherheit der politischen Situation, der mikroskopische Partikularismus der Kleinstaaten, die Intriguen der Großmächte und die Gegensätze auf dem Balkan selbst bewirkten, daß dieser ärmliche Kapitalismus keinen Schritt ohne die Krücken der französischen Bankiers machen konnte. Und von ausschlaggebender Bedeutung ist der Umstand, daß diese fremde finanzielle Unterstützung nur zu haben war gegen Staatsanleihen und Staatskonzessionen. Als Garantie überließen die Balkanstaaten nach einander nicht nur die großen Staatsunternehmungen, als den Bau von Eisenbahnen und Häfen, die Ausbeutung von Bergwerken, sondern auch die Einnahmen aus den meisten Steuern dem fremden Kapital und schufen ihm Monopole auf die hauptsächlichsten Gebrauchsartikel usw.

Durch die Methode der Staatsanleihen, durch zahlreiche Hilfsaktionen der Banken in fast allen Städten, gelang es der fremden hohen Finanz und der Großindustrie, Herz und Seele des Balkans auszuwuchern, den ganzen Profit an sich zu ziehen und auf diese Weise bis in die feinsten Fibern des politischen Lebens dieser Länder einzudringen. Aber die Geldgeber begnügten sich nicht mit bloßen Konzessionen, sie forderten auch reelle Garantien, damit ihnen die Ausbeutung dieser Konzessionen einen hohen Mindestprofit erbrachte und, wenn dies nicht der Fall war, die Balkanstaaten gezwungen waren, jährliche Ergänzungszuschüsse zu zahlen. Andererseits kam von den Riesenanleihen nur ein Teil wirklich in die betreffenden Balkanstaaten hinein, ein anderer Teil blieb im Auslande zur Verzinsung und Abtragung früherer Schulden, ein anderer wieder als Vorschuß für den Ankauf von Industrieartikeln, welche die Regierungen ausschließlich bei bestimmten empfohlenen Häusern und zu hohen Preisen bezahlen mußten und fast immer dem Heeresbedarf dienten.

In den meisten Fällen wurden bei Einführung von Monopolen auch die meist indirekten Steuern erhöht oder neue geschaffen. Das geschah auf Befehl der Großbanken, deren Agenten, Kontrolleure und Funktionäre sich überall eindrängten und als die Herren austraten. Bis zu welchem Grade der Einfluß der europäischen Banken gediehen war, zeigt uns die bezeichnende Tatsache, daß die Parlamente der Balkanstaaten das Recht

verloren, gewisse Steuern ohne die Erlaubnis der fremden Geldgeber herabzusetzen.

Die Balkanbourgeoisie und die Dynastien strebten trotzdem nach einem Großserbien, einem großen byzantinischen Reich usw. Sie waren in der Tat zu borniert, trügerischen Augenblicksinteressen opferten sie die Zukunft. Sie waren von Natur aus unfähig, selbst ihr bürgerliches Ziel, die Einigung der Balkanländer zu verwirklichen. Im Gegenteil, wegen ihrer imperialistischen Ausdehnungs- und Eroberungswünsche beneideten die Balkanzwerge die Riesen, seufzten sie eifersüchtig angesichts ihrer unermeßlichen Ausbeutungsgebiete, ihres nationalen und Weltmarktes, erblickten sie von der Kraft ihrer Ueberlegenheit, aber was sie über alles bei ihnen bewunderten, das war ihr mächtiger Militarismus. Wie der Frosch in der Fabel, der auch gerne Hufeisen haben wollte, bewaffneten sich die Balkangernegroße vom Kopf bis zum Fuß, luden sie ihren von Steuern und Schulden zu Boden gedrückten Völkern immer mehr auf, bliesen sie die Flamme des Chauvinismus an und je arroganter sie wurden, umso unvermeidlicher und unwiderruflicher kamen sie in die Abhängigkeit dieser oder jener Großmacht.

Indessen schrien sie in einem weg, daß sie eine ausgesprochene Balkanpolitik trieben. Wie der Fuchs auf der Eisscholle, die vom Strom dahingetragen wird, sich einbildet den Strom zu gebieten, so fühlten sich auch und fühlen sich noch heute die Dynastien, die Regierungen, die Diplomaten, die verbrecherischen herrschenden Klassen des Balkans als die Macher der Weltgeschichte. Sie lernen nicht aus der Geschichte, hundertmal betrogen, dämmern die politischen Glücksspieler in dem Gedanken dahin, daß es ihnen beim hundertstenmale gelingen werde, die anderen zu täuschen.

Es springt in die Augen, daß die „nationalen“ Bestrebungen im Chaos der interbalkanischen und europäischen Widersprüche nur Teilmomente einer Politik sind, die nach der Vorherrschaft der einen oder der anderen Balkanpolitik abzielt. Zu schwachmütig, zu borniert und reaktionär, sind die Balkanbourgeoisien mit den Zwergdynastien verknüpft. Die Hochzeit wurde gefeiert durch die Niederwerfung der arbeitenden Massen, der erste Kuß gebahr den Militarismus der Balkanländer und ihre Großmachtsucht. Die logische Folge zeigen jetzt die Ruinen der Balkanländer.

Fassen wir jetzt die verschiedenen vor- und eingeschlagenen Wege zur Lösung der Balkanfrage zusammen:

1. Die Eroberung des Balkans durch die Großmächte. Die dazu unbedingt notwendige Verständigung wird nie zustande kommen. Die stillschweigenden oder schriftlich festgelegten, durch heilige Eide beschworenen Vereinbarungen werden immer nur Fegen Papier bleiben in dieser prächtigen bürgerlichen Gesellschaft, die selbst nur ein Papierfetzen ist, weil das Spiel der Produktivkräfte, eingespant in die bürgerlichen Formen, immer neue unüberbrückbare Widersprüche und Gegensätze hervorruft.

2. Die Vorherrschaft eines Balkanvolkes unter der Führung eines Zwergfürsten und wahrscheinlich unter dem sehr handfesten Schutz einer Großmacht stößt unbedingt auf das Hindernis, daß keine Balkannation auch nur die Hälfte der anderen Nationen zusammengenommen, ausmacht.

3. Die Idee einer Föderation der Balkanstaaten mit der ganzen Schutztruppe ihrer Dynastien, ihrer militärischen, politischen und Zollgrenzen, ein diplomatisch-reaktionärer Salat, würde an dem früheren und gegenwärtigen Zustand nichts ändern. Bewirklicht würde diese Idee eine Börse unübersehbarer diplomatischer Intrigen schaffen, oder wie das der erste Balkankrieg deutlich gezeigt hat, ein Machtmittel im Kampfe der einen Großmacht gegen die andere um den Profit sein. Ueberdies würde eine solche Föderation vom ökonomischen und sozialen Gesichtspunkte aus keine der Entwicklung der interessierten Länder nützliche Aenderung bringen.

Da erhebt sich natürlich die Frage: gibt es denn einen anderen Weg, die Balkanfrage zu lösen? Wer in seiner Beurteilung der geschichtlichen Lage nicht durch Betrachtungen, die dem Gefühl entspringen, nicht durch subjektive Vorurteile gebunden ist, wer den objektiven Entwicklungstendenzen folgt, so wie sie sind, wer sich den sozialen Gesetzen, die unserer Wahl nicht unterliegen, nicht entzieht, sondern sie im Gegenteil studiert, um sie zu beherrschen, wird erkennen, daß im konkreten Falle die Lösung dieser verwünschten Balkanfrage in der föderativen Balkanrepublik gegeben ist. Auf der Grundlage der Demokratie und der vollkommenen nationalen Autonomie im Kulturleben, befreit von den Dynastien, den politischen und Zollgrenzen, befreit vom Militarismus, geeint durch eine gemeinsame gesetzgebende Körperschaft, in welcher der Wille der Volksmassen frei zum Ausdruck kommt.

Die föderative Balkanrepublik würde den Vorteil eines großen, an Naturschätzen reichen Gebietes haben, eines großen inneren Marktes und dem einer Großmacht, die dem europäischen Kapitalismus den Weg der Ausbreitung verlegt. Auf diese Weise würde der europäische Kapitalismus fühlbar auf seinem imperialistischen Wege gehemmt und mehr oder weniger auf sich selbst zurückgebrängt sein, um die unvermeidlichen Konsequenzen seiner eigenen Entwicklung zu tragen, die auf lauter Widersprüchen aufgebaut ist, um endlich dem Verhängnis zu erliegen, das ihm vom Proletariat bereitet wird. Andererseits wird die Möglichkeit freier Entwicklung der Länder, die der Balkanföderation angehören, sie bald in den Stand setzen, die notwendigen Bedingungen zu schaffen für die große radikale Umwandlung der Gesellschaft.

Drittens muß noch eine andere bedeutungsvolle Seite der Balkanföderation aufgezeigt werden; das ist der Dienst, den sie der Erneuerung Asiens leisten würde. Diese Erneuerung, die vor einigen Duzend Jahren begann, wird beständig durch den „zivilisatorischen“ Imperialismus unterbrochen. Ist diesem die Balkanbarriere einmal in den Weg gestellt, so kann sich der Orient mit Riesenschritten entwickeln.

Der Eifersucht der Großmächte, die die Kolonien seit langem spüren, wird es nicht gelingen, zu hintertreiben, was nicht anzuhalten ist. Einst ist die ehemals spanisch-französisch-englische Kolonie (Bereinigte Staaten von Nordamerika), nachdem sie das englische Joch abgewiesen, selbst zu einer für die anderen Mächte furchtbaren Großmacht geworden. Noch schlagender ist das Beispiel Japans. Ein Land im äußersten Osten, hatte, nachdem es den Feudalismus in einer der blutigsten Revolutionen gebrochen, nachdem es mehr oder weniger für die Einfälle der europäischen Konquistadoren auf-

gepart war und unter den drohenden Perspektiven, bewußt durch seine staatliche Organisation und all seine Institutionen den Kapitalismus eingeführt und war selbst zum Teilnehmer am imperialistischen Konzert geworden.

Ob wir wollen oder nicht, setzt sich die föderative Balkanrepublik durch, aber der Charakter, den sie im Spiel der kriegerischen oder revolutionären Ereignisse annehmen wird, ist durchaus abhängig von den sozialen Klassen, die sie verwirklichen werden und von der Epoche ihres Erscheinens.

Aber ehe wir die Richtung dieser Betrachtungen weiter verfolgen, erscheint es notwendig, einen Augenblick bei der Geschichte dieser Idee zu verweilen. Die Idee der Balkanföderation ist nicht neu. Schon zu Beginn der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts versuchte der serbische Staatsmann Ja Garchanin, der Minister des Fürsten Michael Obrenowitsch, eine Föderation der Balkanvölker, um gegen das türkische Joch zu kämpfen und den Einfall der Oesterreicher und Russen zu verhindern. Aber Garchanin wurde von der Rolle beeinflusst, die Piemont bei der Schöpfung der italienischen Einheit spielte und glaubte, daß Serbien und seine Dynastie dieselbe Rolle auf dem Balkan spielen werde. Sein Zeitgenosse, der große ungarische Patriot Kossuth, suchte kühn Ungarn, Kroatien, Serbien und die Moldau zu vereinigen, indem er die Angliederung der Bosniaken, Montenegriener und Bulgaren in Betracht zog — das bedeutete eine Desensivierung gegen Oesterreich und Rußland. Zu gleicher Zeit finden wir in Westeuropa Parteigänger dieser Idee in Mazzini, Garibaldi, Louis Blanc u. a. Noch 1870 findet diese Idee, erweitert und besser entwickelt, Anhänger unter den besten Balkanrevolutionären. Die Bulgaren Rakowsky, Karaweloff, Lewsky und Boteff — die den Tod mit der Waffe in der Hand fanden bei den Aufständen gegen die Türkei, oder eingekerkert und gehängt wurden — teilten die Idee der Balkanrepublik. Der berühmte serbische Revolutionär und Sozialist Sotogor Markowitsch schrieb 1874 sein Buch „Serbien im Orient“, in dem er die ganze Balkanfrage untersuchte und zu dem Schlusse kam, daß das einzige Mittel der Befreiung und nationalen Einheit die föderative Balkanrepublik sei, die aus einer allgemeinen Balkanrevolution hervorgehen müsse.

Später, 1885, wurde die Idee der föderativen Balkanrepublik von Meisterhand wieder aufgenommen, entwickelt und propagiert, um nicht wieder von der politischen Bühne der Balkanländer zu verschwinden. Diesmal war es Dimitri Blagojeff, einer der Mitbegründer der russischen Sozialdemokratie, der aus Rußland ausgestoßen war, nachdem er die Schönheiten der zarischen Gefängnisse ausgekostet, sich in Bulgarien festgesetzt hatte, die bulgarische sozialdemokratische Partei gründete und der noch heute der verehrte und geliebte Chef nicht nur der bulgarischen Sozialisten, sondern der Sozialisten aller Balkanländer ist. Statt noch näher auf die Geschichte dieser Idee einzugehen, wollen wir uns auf den Hinweis beschränken, daß zu ihren Verfechtern auch Marx und Rautsky gehören. (Schluß folgt.)

Alle vereinigten Laster aller Zeiten und Länder werden nicht dem Unheil gleichkommen, welches ein einziger Krieg verursacht. P. Laitre.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.



# Arbeiterpolitik

2. Jahrg. **Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.** Nr. 38

Erscheint wöchentlich einmal.  
Redaktion u. Expedition:  
Amundstrasse Nr. 23.

Bremen, den 22. September 1917

Einzelnummer 15 Pfg. Durch  
die Post bez.: monatlich 84 Pfg.,  
vierteljährlich 2.50 M. o. Bestellgeld

## Inhalt:

Die Kriegsziele Amerikas . . . . .	Seite 289
Die Balkanrepublik. Von St. Mineff. (Schluß) . . . . .	290
Zu Schutz und Trug . . . . .	291
Zur Alexander Fedorowitsch Kerenjki . . . . .	293
Die Stimme der Putilowarbeiter . . . . .	294

## Die Kriegsziele Amerikas.

Hier wurde schon die Schrift Julian Borchardts erwähnt, in der er sich an den Präsidenten der Vereinigten Staaten Amerikas wendet mit der Bitte schleunigst Frieden zu machen. Die Gedankengänge, die ihn hierbei führten, und die so völlig der Grundanschauung des neuen Sozialismus entgegengesetzt sind, erfordern noch einige nähere Beleuchtung.

Dieser Weltkrieg ist nicht nur die furchtbarste Entfesselung der modernen massalen Vernichtungsmächte, er ist auch die unglaublichste Entfesselung von Demagogie, von Völkerbetrug und Völkermahn — diese machten erst den Krieg möglich, da sie nötig waren die Völker zum freudigen Dienst bereit zu machen. Lange glaubten wir, die unübertroffenen Muster dieser Demagogie und Heuchelei seien die englischen Minister (Lloyd George) mit ihren schönen Phrasen des Kampfes für die Freiheit, der Kultur und die Demokratie. Aber als Amerika in den Krieg eintrat, zeigte es sich, daß wir uns geirrt hatten. Denn England war jedenfalls ein Land mit großer bürgerlicher Freiheit und alter bürgerlicher Kultur. Aber Amerika, das in barbarischer Nichtachtung der Rechte und Freiheiten kämpfender Arbeiter und in ungesegelter Grausamkeiten gegen sie nur mit dem zaristischen Rußland zu vergleichen war — Amerika als Kämpfer für Freiheit und Kultur!

Mit dem erzbiederer Wilson verglichen, ist Lloyd George sicher nur ein Waisenknabe; auch in dieser geistigen Rüstung zum Weltkrieg ist Amerika allen anderen Weltmächten bedeutend über. Amerika ist selbstverständlich nur für die höchsten Menschheitsziele in den Krieg gegangen; ganz uneigennützig wollte es nur daran mit-helfen das militärisch-despotische Regiment Deutschlands zu stürzen, das nur ein Ueberrest des Mittelalters ist, und als alte Barbarei hineinragt in die moderne Kulturwelt und deren Frieden und Glück bedroht und stört. Nur dafür kämpft Amerika, so verkündete Herr Wilson wiederholt in seinen Reden, also nicht gegen das deutsche Volk; er will das deutsche Volk befreien, und wenn das deutsche

Volk sich selbst inzwischen von dem mittelalterlichen Sunkertum befreit, also Revolution macht, dann ist das Kriegsziel erreicht und wird Amerika sofort Frieden schließen. So Herr Wilson über die amerikanischen Kriegsziele.

Und dieses nimmt unser Julian ernst und gründet darauf seine Friedensaktion. Militärisch, sagt er, halten die kämpfenden Parteien sich die Wage; und auf eine Revolution in Deutschland ist gar nicht zu rechnen — also Herr Präsident, Ihre Ziele sind nicht zu verwirklichen, und weiter Krieg führen ist zwecklos. Aber welcher Politiker nimmt nun die Redensarten, womit einer der Völkerführer seinen Herden die nötige Begeisterung beibringen muß, zur Grundlage einer Aktion?

Der einzige Grund könnte sein, daß man diese vorgeschobenen Kriegsgründe ernst nimmt, weil man keine anderen wirklichen Gründe sieht. Deshalb ist es nötig, die Frage zu stellen, ob Amerika keine anderen Gründe zur Teilnahme an den Krieg hatte, als die vorgeschützten Interessen von Kultur und Freiheit. Umso mehr muß die Frage gestellt werden, da auf dem ersten Blick für Amerika gar keine Vorteile, sondern nur Nachteile aus dem Krieg entspringen konnten. Während Europa sich in den drei Kriegsjahren ruinierte, schwollen die Reichtümer Amerikas durch riesenhafte Lieferungen von Kriegsmaterialien; und durch Anleihen, die alle Ententemächte in Amerika aufnahmen wurde es zum großen Gläubiger, zur ersten Finanzmacht der Welt.

Nun hat es sich in den Krieg gestürzt, nun wird es auch seine Milliarden verausgaben und seine Munition umsonst den Verbündeten liefern — ist das vom Geschäftspunkt aus nicht Dummheit? Man muß allerdings unterscheiden zwischen Staat und Kapitalisten; die amerikanischen Kapitalisten werden auch jetzt noch — jetzt durch Lieferung an das eigene Land — dieselben Kriegsgewinne machen, und die Zinsen für die Staatsschulden wird doch das Volk zahlen. Dem Staat wird diese Politik etwas kosten, aber imperialistische Politik kostet immer viel Geld, mit Knauerigkeit läßt sich keine Welt-politik treiben. Und weltpolitische Momente waren es, die Amerika in den Krieg trieben.

Die Politik, deren Kosten von den Massen getragen werden, dient den Interessen des Großkapitals; und schon die unmittelbaren Interessen des amerikanischen Finanzkapitals, das in England, Frankreich und Rußland angelegt ist, mußten Amerika in den Krieg hineinziehen. Durch seine Anleihen ist es am Sieg der Entente interessiert. Die Dollarkönige können es nicht leiden, daß die Entente verliert oder ohne Sieg aufhören muß.